

Stellungnahme der GMK zur Förderung von Medienkompetenz in Deutschland

Ida Pöttinger

Das Internet und die Digitalisierung von Informationen, Wissen und Kommunikation sind allgegenwärtig. Digitale, interaktive Medienangebote durchdringen sowohl das Privatleben als auch unsere Arbeitswelt. Daher spielen technische Kenntnisse, Orientierungs- und Handlungswissen in Bezug auf Medien eine Schlüsselrolle im Alltag. Die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) engagiert sich seit ihrer Gründung 1984 als Berufs- und Fachverband dafür, die Potenziale von Medien auszuloten und für alle Bürgerinnen und Bürger nutzbar zu machen. Es geht darum, die Chancen für Demokratie, Teilhabe und Bildung zu nutzen, um eine neue Kultur des Miteinanders zu schaffen. Kulturelle und technologische Umwälzungen bringen jedoch nicht nur Chancen, sondern auch zwangsläufig Risiken mit sich, denen sich Politik und Pädagogik stellen müssen.

Bund, Länder und Kommunen, öffentliche Einrichtungen, Vereine und Initiativen haben auf die jetzigen und zukünftigen Herausforderungen reagiert. Konkrete Empfehlungen enthalten zum Beispiel das Medienpädagogische Manifest der Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“ von 2009, der Bericht der Enquetekommission zur Medienkompetenz von 2011, die Ergebnisse der Kultusministerkonferenz von 2012, die Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums „Souveränität und Verantwortung in der vernetzten Medienwelt“ von 2013 und vor allem auch die Empfehlungen und Erkenntnisse aus dem „Dialog Internet“ des BMFSFJ.

Die Darstellungen der an diesem Medienkompetenzbericht beteiligten Expertinnen und Experten schaffen eine aktuelle Übersicht über den Stand der Medienpädagogik in Deutschland und enthalten darüber hinaus auch Vorschläge zur Verbesserung der Vermittlung von Medienkompetenz, die hier zusammengefasst und ergänzt werden.

1. Medienkompetenz muss als Querschnittsaufgabe anerkannt werden

Medien durchdringen unsere Alltagskultur: Beschleunigung, Bedienungsschwierigkeiten, immerwährende Erreichbarkeit, Missbrauch privater Daten und neue Formen der Kriminalität sind nur einige negative Begleiterscheinungen des modernen Lebens. Gleichzeitig profitieren Internetnutzerinnen und -nutzer von weltweiten Kommunikationsmöglichkeiten, z. B. schneller Recherche zu Sachgebieten, neuen Formen der Zusammenarbeit, Beteiligung, Kommunikation und Kreativität.

Um diese Chancen auch nutzen zu können und Risiken zu minimieren, bedarf es der Förderung der notwendigen Kompetenz, der Medienkompetenz. Diese muss bereits in frühem Alter beginnen, deshalb wendet sich die Förderung von Medienkompetenz schwerpunktmäßig an Kinder und Jugendliche. Um effektiv zu sein, muss sie unterschiedliche Entwicklungs- und Altersstufen berücksichtigen und an den Lebenssituationen von Familien ansetzen.

Natürlich sollten darüber hinaus alle Bürgerinnen und Bürger angesprochen werden, weil alle Erwachsenen in modernen Gesellschaften von der Digitalisierung betroffen sind. Besonders bildungsbenachteiligte Familien, Migrantenmilieus, Seniorinnen und Senioren ebenso wie Menschen mit Behinderung bedürfen einer zielgruppenspezifischen Ansprache und alltagsnahen Unterstützung.

2. Medienkompetenz muss in der gesamten Bildungskette verankert werden

Manche Kinder beteiligen sich in der Kita z. B. bei einer Hörspielplattform oder drehen in der Grundschule einen Film über Froschwanderung, produzieren in der Sekundarstufe Sendungen für ein Schülerradio und später einen Blog über Mobbing. Manche Jugendliche machen jedoch ihr Abitur, ohne ein einziges Mal im Unterricht über Medien gesprochen zu haben. Dieser Schiefelage gilt es entgegenzuwirken.

Eine Möglichkeit wäre die zügige Verankerung von Medienpädagogik in den Bildungsplänen der vorschulischen Bildung und Schulen bzw. in den Kinder- und Jugendplänen der außerschulischen Bildung. Auf diese Weise wäre garantiert, dass keine Jugendliche bzw. kein Jugendlicher ohne Grundlagen in Bezug auf Medienkompetenz die Einrichtung verlässt. Jedoch setzt eine Festschreibung in Bildungsplänen voraus, dass die jeweiligen Fachkräfte medienpädagogische Themen und Methoden beherrschen. In diesem Zusammenhang ist neu zu diskutieren, inwieweit außerschulische Medienpädagoginnen und -pädagogen in den schulischen Kontext als Kooperationspartner einbezogen werden können oder sollen.

a) Kindertagesstätten: Medienpädagogik von Anfang an

Kinder wachsen heute in einer medial geprägten Lebenswelt auf. Medienbildung und die Unterstützung von familiärer Medienerziehung sind daher Teil früher Förderung. Neben herkömmlichen Medien sollte der Fokus auch auf digitale Medien gelegt werden. Um vorhandene Konzepte ganzheitlicher, altersgerechter Medienbildung weiter zu verbreiten, ist die strukturelle Förderung und bundesweite Verankerung in Bildungsplänen notwendig.¹

b) Schule: Medienpädagogik verpflichtend für alle

Zur Gewährleistung von Chancengleichheit und politischer, kultureller sowie bildungsbezogener Teilhabe ist Schule ein wesentlicher Ort zur Vermittlung von Medienkompetenz. Wichtig sind übergreifende Bildungsstandards, verankert in den Kerncurricula der Fächer. In die Lehrerbildung muss Medienbildung als prüfungsrelevanter Pflichtanteil eingebunden werden. Ebenso ist eine berufsbegleitende, obligatorische Qualifizierung von Lehrkräften an Schulen anzustreben.

¹ Diese Gedanken spiegeln sich in den Beiträgen von Neuß und Tillmann wider.

Medienzentren und Medienwerkstätten sind hierfür weiterzuentwickeln, eine Anpassung der Ausstattung und des Supports der Schulen sollten damit einhergehen. Kooperationen zwischen außerschulischen und schulischen Institutionen sowie Peer-to-Peer-Projekte brauchen mehr Unterstützung. Besonders wichtige Aspekte schulischer Medienbildung sind die Förderung kultureller, medialer Teilhabe (auch vor dem Hintergrund der Inklusion und der Interkulturalität), die Entwicklung von Wertorientierungen und Urteilsvermögen, Mediengestaltung und die mediale Unterstützung der Qualität des Unterrichts.²

c) Außerschulische Jugendmedienarbeit: Medienpädagogik als kulturelles Experimentierfeld und als präventiver Jugendmedienschutz

Mediales Gestalten, Spielen und Experimentieren, Persönlichkeitsstärkung durch Selbsta Ausdruck und Gemeinschaftsprojekte, präventiver Jugendmedienschutz, informelle Medienbildung, digital gestützte Erlebnispädagogik, Peer-to-Peer-Projekte zur digitalen Teilhabe – dies sind wesentliche Bereiche außerschulischer Jugendmedienarbeit, die in offeneren Settings, im Projektrahmen oder auch im offenen Wahlbereich in Zusammenarbeit mit Schulen zur Förderung von Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen beitragen. Außerschulische Jugendarbeit ist dabei auch verstärkt an Kinder und Jugendliche in bildungsfernen Milieus zu adressieren. Angebote sollten nicht wie bisher lokal begrenzt, sporadisch oder vorübergehend stattfinden, sondern über die dauerhafte Bereitstellung flächendeckender Infrastrukturen und entsprechender personeller und finanzieller Ressourcen verstetigt werden. Dazu gehört auch die fortlaufende Qualifizierung oder ein spezielles Praxis-Coaching der pädagogischen Fachkräfte und Teamer. Zur mittel- und langfristigen Verbesserung der strukturellen Ausgangslage für Medienpädagoginnen und Medienpädagogen in der außerschulischen Jugendarbeit ist zusätzlich wissenschaftliche Expertise und Begleitforschung notwendig.³

3. Medienpädagogische Themen müssen eine kontinuierliche Forschungsaufgabe sein

Zum Thema Mobbing wurden in den letzten zwei Jahren verschiedene Untersuchungen veröffentlicht. Zum Zusammenhang von Rechtschreibung und Mediennutzung existiert keine Studie. Wirklich aussagekräftige Ergebnisse z. B. zur Mediennutzung von Kindern und bestimmten Verhaltensveränderungen könnten nur über Langzeitstudien ermittelt werden. Der Forschungsbedarf ist aufgrund der Ausdifferenzierung und zugleich Konvergenz der Medien groß und kann derzeit nicht hinreichend gedeckt werden. Vor dem Hintergrund des fortschreitenden sozialen und medialen Wandels gilt es, kontinuierlich Mediennutzungsweisen umfassend im Hinblick auf ihre Potenziale und Gefahren zu untersuchen. Vor allem fehlt es bislang an Studien, die die Nachhaltigkeit der Mediennutzung, d. h. ihre Sozialisationsrelevanz im Lebenslauf, explizit berücksichtigen. Deutlich wird, dass bei vielen Untersuchungen fast ausschließlich die negativen Nutzungsgewohnheiten und Risiken im Vordergrund stehen. Sinnvoll wäre es, ein Instrument für einen systematischen Überblick über Forschungsmethoden, Studien und Forschungsbedarfe in Form eines Reviewjournals oder/und einer Forschungsdatenbank zu entwickeln. Zur Vermeidung von Forschungslücken und vor dem

² Diese Gedanken spiegeln sich in den Beiträgen von Meister und Röhl wider.

³ Diese Gedanken spiegeln sich in dem Beitrag von Tillmann wider.

Hintergrund der rasanten Medienentwicklung wird ein regelmäßiger Austausch zwischen Forschungsinstituten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Praktikerinnen und Praktikern vorgeschlagen.⁴

4. Medienkompetenzvermittlung muss aktuelle Handlungsfelder bearbeiten

Fernsehsendungen und Printmedien geben häufig Themen vor. Im Abstand von wenigen Wochen ändern sich die Problemdarstellungen: Einmal sind es Mobbingfälle, ein anderes Mal Abzockfallen oder Datenklau. Dabei gibt es unter Pädagoginnen und Pädagogen durchaus weitere Themen, die ihnen aufgrund der täglichen Erfahrungen auffallen. Sie sind häufig verknüpft mit den technischen und kulturellen Entwicklungen, die sich im Alltag niederschlagen. Auch wenn Medienpädagoginnen und Medienpädagogen in der Regel ihr Ohr am Puls der Zeit haben, so ist das wirkliche Gefährdungspotenzial nicht immer sofort auszumachen. Zudem ist es nicht einfach, auf neue Gefährdungen sofort passende Strategien und methodisch gute Projekte zu entwickeln. Die Erfahrung zeigt, dass gerade kleinere Initiativen schneller auf aktuelle Problemlagen eingehen können. Es gibt jedoch auch einen großen Bereich der Förderung der Medienkompetenz, der sich mit zeitlosen Aspekten befasst: Hierzu gehören Themen zu ethischen Aspekten, z. B. zu sozialer Verantwortung oder zur Beschaffung bzw. Verbreitung von Informationen.

a) Medienpädagogik muss Eltern unterstützen

Viele Eltern sind im Hinblick auf den Umgang mit Medien im familiären Kontext verunsichert. Sie wünschen sich und benötigen von Anfang an Unterstützung bei der Medienerziehung. Neben einer grundsätzlichen Sensibilisierung für Fragen der Medienerziehung sind außer Informationsmaterialien auch Formate mit Möglichkeiten zu direkter Beratung und direktem Austausch weiterzuentwickeln und zu fördern (z. B. Elternabende, moderierte Eltern-treffs und Individualberatung). Zudem sollten andere komplementäre mediale Angebote, wie spezielle TV-Formate oder Online-Angebote, entwickelt und ausgebaut werden. Eine Vereinfachung in der Anwendung des Jugendmedienschutzes ist aus Elternsicht dringend geboten (mit für Eltern nachvollziehbaren Alterseinstufungen und Informationen zu den Risikodimensionen). Positive Empfehlungen für Medien (Whitelists, Qualitätssiegel) und medienbezogene Verhaltensanregungen sind für Eltern meist hilfreicher als Warnhinweise. Zusätzlich können zum Schutz von Kindern auch technische Maßnahmen als Hilfsmittel einbezogen werden, wie z. B. der Kinderserver des BMFSFJ oder nach Alter angepasste Filter, wobei deren jeweilige Handhabung ebenfalls vermittelt werden muss.⁵

b) Medienpädagogik muss sich um exzessive Nutzerinnen und Nutzer kümmern

Wenngleich nur relativ wenige Kinder oder Jugendliche aus Familien, in denen exzessive Mediennutzung ein Konfliktthema darstellt, pathologische Störungen zeigen, so ist pädagogische Unterstützung – nicht zuletzt als Prävention – wichtig. Erfolgreich sind hier z. B. systemisch

⁴ Diese Gedanken spiegeln sich in den Beiträgen von D. Hoffmann, Tillmann und Meister wider.

⁵ Diese Gedanken spiegeln sich in dem Beitrag von B. Hoffmann wider.

familienorientierte Interventionsprogramme. Familien, die Erziehungsprobleme bei der Regulierung des Mediengebrauchs ihrer Kinder haben, kann über gezielte Empfehlungen und Programme geholfen werden.

Auf der Ebene der Länder und Kommunen ist es notwendig, Netzwerke mit Ärztinnen und Ärzten, Psychologinnen und Psychologen, Lehrkräften, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie Medienpädagoginnen und Medienpädagogen zu etablieren, um den Problemen, die mit exzessiver Mediennutzung verbunden sind, gemeinsam zu begegnen.⁶ Kommunale Beratungsstellen, an die sich alle Nutzerinnen und Nutzer wenden könnten, wären eine präventive Maßnahme.

c) Medienpädagogik muss für die politische Teilhabe aller sorgen

Nicht erst seit der Ankündigung, dass „Zwei-Klassen-Flatrates“ die digitale Gesellschaft spalten könnten, wird die Forderung nach Netzneutralität laut. In der Tat kann die Konzentration von wenigen Playern auf dem Markt der digitalisierten Medien demokratische Grundregeln außer Kraft setzen. Die wenigsten Jugendlichen haben ein Gespür für diese neuen Machtverhältnisse und deshalb brauchen sie Hintergrundwissen. Hier gilt es zu prüfen, mit welchen Konzepten einer digitalen Spaltung unserer Gesellschaft effektiv entgegengewirkt werden kann.

Aktuell wird in unterschiedlicher Form erprobt, welche neuen Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche durch die digitalen Angebote entstehen und ob und wie sie angenommen werden. Beispiele sind peer oder E-Partizipation (youthpart), Projekte, die aus den Empfehlungen des „Dialogs Internet“ entwickelt wurden.

d) Datenschutz und Persönlichkeitsrechte bleiben Thema der Medienpädagogik

Neue mediale Anwendungen sind ursächlich für veränderte Informationsgewinnung und -verbreitung sowie Verwertungs- und Ausspähmethoden. Viele technisch mögliche Verfahren sind durch rechtliche Regelungen noch nicht erfasst, geschweige denn, dass Kinder und Jugendliche die neuen Gesetze und Verordnungen kennen. Sowohl der Schutz der Autorinnen und Autoren sowie Verfasserinnen und Verfasser von Werken als auch der Schutz der Privatsphäre müssen diskutiert werden und es müssen nachvollziehbare juristische Lösungen gefunden werden.

5. Für Medienkompetenzvermittlung ist Professionalisierung unerlässlich

Medienpädagogin bzw. Medienpädagoge kann sich jede bzw. jeder nennen, die Berufsbezeichnung ist nicht geschützt. Die Professionalisierung medienpädagogischer Arbeit erfordert eine kompakte Grundbildung an Hochschulen und ein verpflichtendes prüfungsrelevantes Curriculum für alle pädagogischen Berufe. Hierfür sind der Ausbau von Lehrstühlen und die Neubesetzung von entsprechenden Dozentenstellen notwendig. Angesichts des speziellen, professionellen Anforderungsprofils, das für die Medienkompetenzförderung zu erfüllen ist, wird ein Zertifizierungssystem medienpädagogischer Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen für pädagogische Berufe angeregt. Nur so können fachliche, zeitgemäße Standards sichergestellt werden.⁷

⁶ Diese Gedanken spiegeln sich in dem Beitrag von Kammerl wider.

⁷ Diese Gedanken spiegeln sich in den Beiträgen von Tillmann, Hugger und Röll wider.

6. Medienkompetenzvermittlung braucht verlässliche Strukturen

Viele Institutionen und Einrichtungen widmen sich bereits erfolgreich der Vermittlung von Medienkompetenz. Jedoch sind die Strukturen für Fachleute, aber besonders für Fachfremde nur schwer zu durchschauen und potenzielle Ansprechpartnerinnen bzw. Ansprechpartner schwer auffindbar.

a) Transparente Förderung medienpädagogischer Projekte

Medienpädagogische Projekte und Wettbewerbe werden in Deutschland von einer großen Bandbreite an Akteuren durchgeführt. Die Einrichtungen der medienpädagogischen Praxis bilden eine Landschaft, die von der Größe, dem Anspruch und vor allem von der finanziellen Ausstattung her sehr heterogen ist. Die Akquise und die Verteilung von Fördermitteln sind häufig von Zufällen und Kontakten abhängig statt von transparenten Ausschreibungen.

b) Längerfristige Förderung medienpädagogischer Praxis

Kurzfristige Projekte stoßen häufig nur Themen an, erzielen aber keine nachhaltige Entwicklung. Für die Förderung von Medienkompetenz müssen deutlich mehr Ressourcen für eine systematische Arbeit zur Verfügung gestellt werden, um eine Aneinanderreihung von Modellprojekten mit unterschiedlichen Themen und Methoden zu vermeiden. Projektzeiten müssen verlängert und der Einsatz von Eigenmitteln gesenkt werden.

c) Einrichtungen der Medienbildung müssen auffindbar sein

Für bessere Überschaubarkeit und mehr Transparenz bei der Vermittlung der vielfältigen Angebote der Medienkompetenzförderung wäre ein neutraler Informations- und Beratungsknotenpunkt von Nutzen, der sowohl über existierende Projekte, Forschungsergebnisse, Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten als auch über Fördermöglichkeiten Auskunft geben kann. So könnten Informationsmaterial, Websites und Handreichungen besser auffindbar und nutzbar sein.

d) Medienbildung benötigt für die Weiterentwicklung eine kontinuierliche Bestandsaufnahme

Der rasante Wandel der Medienlandschaft und auch der entsprechenden Medienkompetenzförderung erfordert einen periodischen Medienkompetenzbericht, der aktuelle Handlungsfelder einbezieht und so Bedarfe sichtbar macht. Der Bericht sowie eine redaktionell gepflegte, aktualisierte Datenbank können helfen, den Informationsstand in Deutschland zu bündeln und zu transferieren und zudem eine wichtige Rolle bei einer gemeinsamen Initiative von Bund und Ländern zur Förderung von Medienkompetenz in Deutschland zu spielen.

Mittlerweile wurde viel Vorarbeit geleistet, um die Vermittlung von Medienkompetenz zu intensivieren. Es bestehen vielfältige Konzepte, Projektbeschreibungen, Handreichungen, von denen die meisten sogar im Internet abrufbar sind. Alle an diesem Prozess Beteiligten drängen auf eine Weiterentwicklung. Das BMFSFJ beschreitet mit diesem Bericht einen neuen Pfad, den die GMK sehr begrüßt, denn *„Wege entstehen dadurch, dass man sie geht.“* (Franz Kafka)